

## **Antrag**

**der Abgeordneten Prof. Dr. Jörn Kruse, Dr. Bernd Baumann, Detlef Ehlebracht,  
Dr. Joachim Körner, Andrea Oelschlaeger, Dr. Ludwig Flocken,  
Dirk Nockemann, Dr. Alexander Wolf (AfD)**

**Betr.: „Empirische Untersuchung zur Situation der Obdachlosen im Stadtgebiet der Freien und Hansestadt Hamburg“**

Es gilt, für die von Obdachlosigkeit betroffenen Menschen in unserer Stadt nachhaltige Hilfe anzubieten. Ziel muss es sein, allen Bedürftigen, nicht nur zur Winterzeit, eine permanente Wohnmöglichkeit anzubieten.

Dazu ist es wichtig, zu wissen, wie viele und welche Menschen davon betroffen sind. Alter, Geschlecht, Herkunft, sozioökonomische Daten, Ursachen der Obdachlosigkeit und derzeitige Hilfsangebote seitens der Stadt sind zu erheben. Es ist weiterhin zu untersuchen, wo genau Hilfsangebote angenommen werden und auch wirken. Im Umkehrschluss ist festzustellen, wo und aus welchen Gründen dies nicht geschieht.

Erst wenn dies bekannt ist, können erfolgreiche Methoden weiter ausgebaut und Ineffizienz vermieden werden. Darüber hinaus bringen solche Untersuchungen in der Regel immer wieder neue Erkenntnisse und Einsichten hervor, welche auch neue Lösungsmöglichkeiten aufzeigen.

### **Die Hamburgische Bürgerschaft möge daher beschließen:**

Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg wird aufgefordert, kurzfristig, jedoch spätestens im Laufe des 3. Quartals 2015, eine wissenschaftliche Studie in Auftrag zu geben, die die derzeitige Situation mittels einer empirischen Untersuchung der in Hamburg lebenden Obdachlosen umfänglich aufnimmt und analysiert.

### **Begründung:**

Vor sechs Jahren wurde letztmalig eine Studie der beantragten Art durchgeführt. Aktuelle Zahlen hinsichtlich der Situation der Obdachlosen liegen also nicht vor. Maßnahmen, um der Obdachlosigkeit zielgerichtet zu begegnen, können aber nur dann vorgenommen werden, wenn der Ist-Zustand bekannt ist.

Erst nach Aufnahme des Ist-Zustandes ist eine valide Einschätzung hinsichtlich Effizienz und Effektivität der jetzigen Hilfeleistungen der öffentlichen Hand möglich, sowie ein weiteres sinnvolles Planen und Handeln.

Die Bürgerschaft und insbesondere der Senat dürfen sich mit der Einrichtung des alljährlichen Winternotprogramms für Obdachlose nicht zufrieden geben. Dies ist nur eine Notlösung, im wahrsten Sinne des Wortes. Es ist längst überfällig, hier eine ursachenbezogene Lösung für die Betroffenen zu finden. Eine empirische Untersuchung ist der erste Schritt dazu.